

Die Geißel der ordnungstheoretischen Blindheit

Debatte über den Zusammenhang zwischen Spielregeln und Finanzkrise im Zentrum der Hayek-Tage

Von Karen Horn*

In Debatten über die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise kommen in der Öffentlichkeit und im «Mainstream» der Ökonomie Ordnungsfragen selten zur Sprache. In deutlichem Kontrast dazu stehen die hier skizzierten Analysen aus ordnungstheoretischer Sicht, wie sie in der vergangenen Woche an den Hayek-Tagen in Jena diskutiert wurden. (Red.)

Zur Beschreibung des Weges, der in die globale Finanz- und Wirtschaftskrise führte, wird häufig auf moralische Kategorien zurückgegriffen – auf Egoismus und nackte Gier, auf den Verlust von Mass, Mitte und Mitmenschlichkeit. An der Jahrestagung der Friedrich-A.-von-Hayek-Gesellschaft in Jena wurde auf komplexere Formen menschlicher Hybris verwiesen: auf politische Fehlanreize, Privilegienvergabe, wissenschaftliche Selbstüberschätzung und verdrängtes ordnungstheoretisches Denken.

Geldpolitik und implizite Staatsgarantie

«Wo sind sie nur alle gewesen, die weisen Männer der Ökonomie, wenn sie diese Finanzkrise nicht haben kommen sehen?», rief Vaira Vike-Freiberga, die frühere Präsidentin Lettlands (1999 bis 2007), aus. Es war eine rhetorische Frage. Für die Psychologieprofessorin, die in Jena zusammen mit Ernst-Joachim Mestmäcker mit der jeweils mit 10 000 € dotierten Hayek-Medaille ausgezeichnet wurde, war klar, was neben «primitiven Aspekten der menschlichen Psyche wie der Habgier» die Krise verursacht hat: die allzu lockere Geldpolitik der US-Notenbank Federal Reserve unter Alan Greenspan, die getrieben war vom politischen Ziel der Regierung, möglichst viele Amerikaner zu Hauseigentümern zu machen.

Der Schweizer Privatbankier Konrad Hummler indes nahm Greenspan in Schutz. Dessen Geldpolitik habe im Einklang mit der Konjunkturentwicklung gestanden. Ins Verderben aber habe die «No accident»-Strategie geführt: die unterschwellige Garantie, die Gemeinschaft werde für Finanzinstitutionen im Notfall eintreten. Wegen dieses Privilegs habe das Volumen der Bankgeschäfte übermäßig zugenommen, Liquiditätsprobleme und Eigenkapitalbedarf seien vernachlässigt worden, es habe an Schuldnerbetreuung und Haftung gefehlt.

Reparieren lasse sich dieser Zusammenbruch des Bankwesens nicht. Es werde auch nicht wieder auf die Beine kommen, denn die rettende Hand des Staats erweise sich stets als Würgegriff. Mit Blick auf die Hauptaufgaben des Finanzwesens, die Intermediation und Transformation von Losgrößen, Fristen und Risiken, sieht er die Zukunft daher eher in modernen Internetplattformen. Hummler mahnte zudem, die Notenbanken seien von ihrer Rolle als «lender of last resort» zu befreien; diese sei unvereinbar mit der Stabilisierung des Geldwerts.

Der Rechtswissenschaftler Ernst-Joachim Mestmäcker rechtfertigte eine härtere vorbeugende Regulierung im Finanzwesen. Ein recht-

licher Eingriff sei erforderlich, wo unbeschränkte Haftung und der Konkurs eines Schuldners mit unübersehbaren Risiken für Dritte verbunden seien. Schon Adam Smith, der Gründervater der modernen Ökonomie, habe die Verpflichtung des Staats erkannt, im Bankwesen «Brandwände zu errichten, um die Ausbreitung von Feuer zu verhindern». Als grundsätzlich notwendige Bedingungen einer freien Gesellschaft verwies Mestmäcker auf Arbeitsteilung, Wettbewerb und die spontan entwickelten Regeln gerechten Verhaltens, die den Kern der Privatrechtsordnung ausmachten.

Nach Mestmäcker haben vor allem Institutionenvergessenheit und ordnungstheoretische Blindheit in die Krise geführt. Man habe die entscheidende Rolle des Rechts zur Sicherung der individuellen Freiheit aus dem Blick verloren. Vike-Freiberga führte dies auch auf eine Selbstüberschätzung der zunehmend mathematisch aufgeblähten Wissenschaft zurück. Ganz im Geiste des liberalen Namensgebers des Veranstalters, des Ökonomen und Sozialphilosophen Friedrich August von Hayek, erklärte sie, sozialwissenschaftliche Zusammenhänge seien schwer zu fassende komplexe Phänomene. Gerade wenn es um «advancement of knowledge» und «betterment of mankind» (Francis Bacon) gehe, sei hier Bescheidenheit angebracht.

«Erst rechnen, dann denken»

Von diesem Tenor war auch die anschließende Debatte über die Lage der Ordnungstheorie getragen. In der gegenüber dem Mainstream stark marginalisierten Ordnungstheorie geht es um die überragend wichtige Frage, wie die Rahmenbedingungen für das Handeln von Individuen in der Gesellschaft im Interesse eines gedeihlichen Zusammenlebens zu setzen sind. Der Ökonom Hans Willgerodt, der gegen die Abschaffung der (ordnungstheoretischen) Kölner Lehrstühle für Wirtschaftspolitik kämpft, rügte die Praxis seiner Disziplin, «erst zu rechnen und dann zu denken».

Der Soziologe Erich Weede (Bonn) verteidigte zwar die quantitativen Verfahren zur Überprüfung verbaler Theorien, teilte aber die Sorge, dass die Mathematik als Theoriesprache zum Selbstzweck geworden sei. Wolfgang Kasper (Sydney) zeigte Verständnis, dass der Mainstream mit seinem «abstrusen» Menschenbild, das er als «Homo oeconomicus» apostrophierte, durch die Krise öffentlich in Ungnade gefallen sei. Ihn könne man getrost vergessen – eben zugunsten einer Renaissance der Ordnungstheorie.

* Dr. Karen Horn leitet in Berlin das Hauptstadtbüro des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.